

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Monatlich 1 Mt., vierteljährlich 3 Mt.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mt., vierteljährlich 4,50 Mt. — Feft- und Versammlungsinerale kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinerale werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshauer Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Adr.: A. I. Bergbau Bochum.

### Betriebsräte und Werksbesitzer

Die Werksbesitzer können sich mit den Betriebsräten immer noch nicht abfinden, obwohl der ganze Werdegang der Dinge davon hinausläuft, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter reitlos zu gewährleisten. Das geschah schon durch die Verordnung der Reichsregierung vom 28. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Ferner durch die Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar 1919, wonach in allen Bergwerksbetrieben, in denen auf Grund der Berggesetzliche ständige Arbeiterausschüsse bestehen, unverzüglich solche Ausschüsse (Betriebs- oder Bergwerksräte) aus der Mitte der Arbeiter des Betriebes in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verordnung vom 28. Dezember 1918 zu wählen sind.

In Mitteldeutschland haben die Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern und der Reichsregierung in Weimar schon am 12. März 1919 zu einer Vereinbarung über die Errichtung und Befugnisse der Betriebsräte geführt. Zwischen den Angestellten- und Bergarbeiterverbänden und dem Bechenverband in Essen wurde dann am 26. März 1919 eine Vereinbarung getroffen über die Errichtung und Befugnisse der Betriebsräte, die sich eng an die für den mitteldeutschen Bergbau getroffene Vereinbarung anlehnt. Am 26. Mai 1919 hat dann der Reichs- und Staatskommissar für den Betriebsbereich des 7. Armeekorps, Sebering, Ausführungsbestimmungen zur vorläufigen Dienstausweisung für die Betriebsräte erlassen, welche auch Strafvorschriften enthalten. Zuwiderhandlungen gegen diese Ausführungsbestimmungen werden danach mit Strafen bis zu einem Jahre Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Das Reichsarbeitsministerium hat ferner einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, den wir in Nr. 22, 23 und 24 der „Bergarb.-Ztg.“ nebst unseren Änderungsanträgen veröffentlichten, welcher eine Fortentwicklung der Verordnung vom 28. Dezember 1918 bedeutet. Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg hat dazu nahezu einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Kongress erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über Betriebsräte vom 15. Mai 1919, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Unsere Vertreter werden ersucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuarbeiten, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeiterangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.“

Alles das ist an den Werksbesitzern scheinbar völlig spurlos vorbeigegangen. Sie verstehen den Geist der Zeit heute ebenso wenig, wie sie ihn in der Vergangenheit verstanden haben. In Kleinigkeiten sind sie nach wie vor überragend groß. Das zeigen alle Berichte der Betriebsräte. Wir haben in letzter Zeit vielen Klagen gehört: Die Werksbesitzer haben den Herrn-im-Haus-Standpunkt nicht aufgegeben und jucken ihn mit den kleinlichsten Mitteln zu behaupten und durchzusetzen! Das kommt auch in folgender Entschließung zum Ausdruck, welche von einer Betriebsrätekonferenz in Essen am 22. Juli, nach beinahe sechsstündiger Aussprache, einstimmig angenommen wurde:

„Die heute, am 22. Juli, von 51 Schachtanlagen der Bergbetriebe Essen, Werden und zum Teil Mülheim versammelten Betriebsräte protestieren mit aller Schärfe gegen die zunehmende Schikanerung und Mißachtung der Betriebsräte seitens zahlreicher Bechenverwaltungen. Die zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Bechenverband vereinbarte, vorläufige Dienstausweisung für den Betriebsrat“ wurde durch zahlreiche Bechenverwaltungen derart sabotiert, daß der Reichs- und Staatskommissar Sebering am 26. Mai auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand „Ausführungsbestimmungen zur vorläufigen Dienstausweisung für Betriebsräte“ erlassen mußte. Aber auch diese

„Ausführungsbestimmungen“ werden von zahlreichen Bechenverwaltungen mißachtet, oft sogar in höhrender, aufreizender Weise. Dadurch ist eine starke Mißstimmung in den Belegschaften entstanden. Wir erlauben die Reichsregierung dringend, sofort der von ihrem Vertreter Sebering erlassenen Verordnung konsequent Beachtung auch seitens der Bechenverwaltung zu verschaffen, damit schwere Störungen unseres Wirtschaftslebens verhütet werden.“

Ferner wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute am 22. Juli 1919 stattgefundene Konferenz der Betriebsratsmitglieder, welche 51 Schachtanlagen vertreten, fordert vom Verbandsverband, daß er mit dem schärfsten Nachdruck dafür eintritt, daß in dem Gesetzentwurf für Betriebsräte das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte festgelegt wird. Die anwesenden Betriebsratsmitglieder erklären, daß ohne das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten das Gesetz über die Betriebsräte für sie unannehmbar ist. Kommt das Mitbestimmungsrecht nicht in das Gesetz hinein, so wird unter den Bergarbeitern keine Ruhe eintreten, welche doch für unseren Bergbau und unser Wirtschaftsleben unbedingt nötig ist.“

So weit hat es der Herr-im-Haus-Standpunkt also schon wieder gebracht, daß die berufenen Vertreter der Bergarbeiter ihre Empörung in dieser Weise zum Ausdruck bringen. Wir sind auch überzeugt, daß dieser Herrengeist nur dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich einordnen lernt. Es ist darum besonders zu begrüßen, daß der Ministerpräsident Gustav Bauer in seiner Programm-Rede vor der Nationalversammlung in Weimar am 23. Juli ein entsprechendes Gesetz wie folgt angekündigt hat:

„Die Macht des Arbeiters — Sie werden verstehen, daß ein Mann, der, wie ich, seit 30 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung steht, also dort, wo seit Anbeginn gegen die Vorherrschaft des Arbeitgebers gekämpft wurde, das mit Freude feststellt — die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Hilflosigkeit gehört der Geschichte an. Diese Umschichtung im Einfluss auf den Wirtschaftsprozess muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über die Arbeiterräte und Betriebsräte vortragen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozess macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleiht im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Übergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine“ und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.“

Mit der Tatsache, daß die einstige Hilflosigkeit der Arbeiter der Geschichte angehört, werden sich die Werksbesitzer erst abfinden, wenn sie müssen. Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß es da nicht beim Mundspitzen bleibt, daß vielmehr auch geffissen wird. Der Ministerpräsident kündigte ferner für die nächsten Tage einen Gesetzentwurf an, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen über 3000 Kilowatt, soweit sie nicht im Besitz der Gemeinden oder der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen über 50 000 Volt, in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz über die Sozialisierung der Braunkohle hofft der Ministerpräsident binnen kurzer Zeit zur Vorlage reif zu machen. Die Finanzgesetzgebung gelangt im weitesten Umfang in die Hände des Reichs. Die Verfassung schafft die Reichseisenbahnen. Der Sozialisierung der Elektrizität und Braunkohle soll bald der übrige Bergbau folgen. Damit wird das Reich zum wichtigsten Faktor im Wirtschaftsleben. Diesem Werdegang der Dinge werden auch die Werksbesitzer folgen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die neue Zeit hat keinen Raum mehr für überhebende, kapitalistische Eigenbrötleien, wie sie sich besonders im Bergbau breit machen.

### Belegschaften und Betriebsräte! Betrifft die Kohlenförderung.

Von zahlreichen Kohlenverbrauchern gehen mir schwerwiegende Klagen über Versorgung mit stark unreinen Kohlen zu. Ich habe mich in einigen Fällen selbst davon überzeugt, daß ein sehr großer Teil der gelieferten „Kohlen“ tatsächlich Steine waren. Von einer Firma erhalte ich das Ergebnis einer genauen Untersuchung von Dampfeselskohlen, wonach deren Verbrennung einen Schlackenrückstand von über 43 Prozent ergab! Das infolge dessen die Feuerung in hohem Maße verschlachtet ist, die Geizer trotz größter Mühe nicht den nötigen Dampf halten können, darum der betreffende Betrieb kaum noch aufrecht zu erhalten ist, versteht sich von selbst. Wenn herart unreine Kohlen geliefert werden, dann entsteht dem Verbraucher ein unerträglich schwerer Schaden, denn er muß ja auch für die Steine die hohen Kohlenpreise zahlen. Das angelieferte Kohlen meist über 20 Prozent Steine enthalten, wird mir von einer Reihe Kohlenverbraucher bitter klagend berichtet. Hier muß unbedingt Besserung geschaffen werden.

Bedenken wir auch, daß, wenn von einer täglichen Förderung von 230 000 T. rheinisch-westfälischer Kohle etwa 20 Proz. als unverbrennbar (Steine) zu bezeichnen wären, dann machte das rund 46 000 Tonnen aus! Und wenn täglich 150 000 T. mit der Eisenbahn verfrachtet werden, dann fahren wir rund 30 000 T. Steine täglich mit der Eisenbahn spazieren! Dazu brauchen wir jeden Tag 2000 Eisenbahnwagen, wenn jeder mit 15 T. beladen würde. Es ist aber doch allgemein bekannt, daß unsere Eisenbahn an starkem Wagenmangel leidet; deshalb werden ja schon Feierschichten auf diversen rhein.-westf. Bechen eingelegt. Das Herumfahren von Rehtausenden Tonnen Steine statt Kohlen ist also besonders heute eine unnütze Belastung unserer Eisenbahnen und muß im Allgemeininteresse vermieden werden. Es ist mir natürlich wohlbekannt, daß eine ganz reine Förderung nur selten zu ermöglichen ist. Aber eine Vermengung mit 20, ja bis über 40 Prozent Steinen kann doch

von keinem gewissenhaften Mensch als erträglich anerkannt werden. Ich kann aber auch nicht annehmen, daß so stark minderwertig geladene Wagen von den Bechenverwaltungen als vollwertig abgenommen und den Kameradschaften bezahlt werden. Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich diesen Standpunkt einnehmen.

Ich bitte die Betriebsräte im Interesse des Ansehens der Bergarbeiterchaft dringend, dem geringsten Mißstand ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist die Aufgabe der Betriebsräte, nicht nur auf die Menge, sondern auch auf die Güte der Förderung zu achten. Sie müssen darum überall nachprüfen, welche Kontrolle der geförderten Kohle mit Rücksicht auf ihre Reinheit besteht und wie schließlich bei dem Versand verfahren wird. Es ist schon soweit gekommen, daß industrielle Kohlenverbraucher sich bald weigern werden, von bestimmten Bechen Kohlen zu nehmen, weil sie den mitgelieferten großen Haufen Steine nicht als Kohlen mit hohen Preisen bezahlen wollen und können. Ich appelliere daher an die Belegschaften und deren Betriebsräte, nach den Ursachen dieses schweren Uebelstandes zu forschen. Es darf nicht dahin kommen, daß man sagt: früher, als hohe Strafen wegen unreiner Förderung drohten, hätten die Vergleute reinerer Kohlen gefördert als jetzt, wo die alte Straferei abgeschafft sei. Damit würde ja gesagt, daß die Arbeiter ohne Strafandrohung nachlässig schafften. Eine derartige Meinung darf nicht aufkommen! Das liegt besonders im Interesse der Bergarbeiter! Sie müssen beweisen, daß kein Strafbütel notwendig ist, um gewissenhafte Arbeit zu erzielen, sondern diese durch das Pflichtgefühl des freien Arbeiters mindestens ebenso gut als durch Strafandrohung erreicht wird. Dies, bitte ich alle Kameraden, zu beherzigen, denen darum auch ist, die Betriebsverhältnisse im freizeitlichen, demokratischen Sinne zu gestalten. Die Betriebsräte bitte ich also dringend, die Gründe der unwirtschaftlichen minderwertigen Kohlenlieferungen sorgfältig festzustellen und in der wertigen Kohlenlieferungen sorgfältig festzustellen und in der Gemeinschaft mit den Betriebsleitungen für zweckmäßige Abhilfe dieses unstreitig vorhandenen schweren Mißstandes zu sorgen.

Otto Que.

### Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens, die jetzt bis einschließlich 1. Vierteljahr 1919 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbelegschaft in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1918 und im 1. Viertel 1919 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	1. 1919
Mußgebiet . . . . .	—	—	7680	16590	17102	12274
Oberhesseln . . . . .	5785	7574	12512	13664	14999	14250
Niederhesseln . . . . .	340	411	1286	1755	1933	1723
Essengebiet . . . . .	—	—	—	950	1000	50
Kaßener Revier . . . . .	—	—	—	247	431	111
Niederhesseln, Steintohlenbergbau . . . . .	—	—	220	578	567	325
Haller Braunkohlenbergbau . . . . .	506	1267	4326	5411	5409	4951
Wittscheln, Braunkohlenbergbau . . . . .	—	52	220	1016	882	262
Haller Erzbergbau . . . . .	12	36	57	295	434	222
Glantschaler Erzbergbau . . . . .	1	45	394	465	622	244
Mansfelder Erzbergbau . . . . .	—	112	2094	3220	2478	1248
Oberhesseln, Erzbergbau . . . . .	7	217	456	524	611	405
Siegener Erzbergbau . . . . .	250	268	464	485	481	575
Rafau-Weßlauer-Erzbergbau . . . . .	25	40	74	35	70	41
Wittscheln, Erzbergbau . . . . .	121	138	253	302	271	114
Wittscheln, Erzbergbau . . . . .	68	63	74	101	144	144
Zusammen . . . . .	7205	10223	31020	45020	47555	37159

Gegen das 2. Viertel 1918 ist danach die Zahl der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens um 10 416 zurückgegangen, dagegen ist sie immer noch um 29 934 höher wie im 2. Viertel 1914. Nun wurden aber im letzten Friedensjahr 1913 von den 9826 im preussischen Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen nur 6890 gleich 70,12 Prozent von der amtlichen Lohnstatistik erfasst. Wenn man das gleiche Verhältnis im 1. Viertel 1919 zugrunde legt, dann waren 11 097 nicht erfasst und erhöht sich damit ihre Zahl von 37 139 auf 48 236.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in der gleichen Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1918 und im 1. Viertel 1919 folgendes Bild:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	1. 1919
Mußgebiet . . . . .	15397	19057	22745	22651	19733	19493
Oberhesseln . . . . .	7263	9257	6556	7781	7259	7901
Niederhesseln . . . . .	993	1256	1412	1288	1194	1129
Essengebiet . . . . .	1932	2173	3290	3277	3008	2640
Kaßener Revier . . . . .	520	656	859	751	729	640
Niederhesseln, Steintohlenbergbau . . . . .	580	607	995	972	933	893
Haller Braunkohlenbergbau . . . . .	1065	1333	1827	1769	1645	1393
Wittscheln, Braunkohlenbergbau . . . . .	640	780	861	797	753	361
Haller Erzbergbau . . . . .	185	246	375	404	381	282
Glantschaler Erzbergbau . . . . .	171	173	264	350	316	273
Mansfelder Erzbergbau . . . . .	759	928	972	931	794	655
Oberhesseln, Erzbergbau . . . . .	200	237	242	230	200	135
Siegener Erzbergbau . . . . .	945	1012	1120	981	809	786
Rafau-Weßlauer Erzbergbau . . . . .	273	438	579	595	480	336
Wittscheln, Erzbergbau . . . . .	287	285	321	299	275	99
Wittscheln, Erzbergbau . . . . .	77	93	103	104	95	110
Zusammen . . . . .	31290	39654	44524	43151	38603	37504

Seit dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach um 7020 zurückgegangen, war aber im 1. Viertel 1919 immer noch um 6214 höher wie im 2. Viertel 1914. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengenommen wie folgt:

	Arbeiterzahl insgesamt	Arbeiterinnen absolut in Proz.	Jugendliche Arbeiter absolut in Proz.
2. Vierteljahr 1914:	767 177	7 205	0,94
2. " " 1915:	532 897	10 223	1,92
2. " " 1916:	567 794	31 010	5,46
2. " " 1917:	577 382	37 563	6,51
1. " " 1918:	593 722	40 842	6,88
1. " " 1919:	606 403	45 620	7,52
2. " " 1917:	632 062	44 522	7,04
2. " " 1918:	652 258	45 550	6,98
1. " " 1918:	645 544	45 886	7,11
1. " " 1918:	646 378	47 555	7,36
3. " " 1918:	618 550	44 546	7,20
4. " " 1918:	621 793	40 472	6,51
1. " " 1919:	748 930	37 139	4,96

Die Zahl der Arbeiterinnen ist danach bis zum 2. Viertel 1917 ununterbrochen stark gestiegen, dann trat zunächst Stillstand ein; im 2. Viertel 1918 hatte die Zahl der Arbeiterinnen den Höhepunkt erreicht, von da ab ging es stark abwärts. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter hatte schon im 2. Viertel 1916 den Höhepunkt erreicht und schwankte seitdem recht erheblich. Das kann nicht überraschen. Trotz der starken Nachfrage nach weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften haben sich die Lohnverhältnisse nicht im Verhältnis hierzu entwickelt, wie sich aus unserer Zusammenstellung der Löhne in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ einwandfrei ergibt.

Die Kohlennot ist so groß, daß im kommenden Winter eine Katastrophe droht. Mit dieser Gefahr beschäftigten sich auch die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit denen des Bechenverbandes in Essen in der Sitzung vom 17. Juli. Von Vertretern des Bechenverbandes wurde u. a. angeregt, bis zur Hebung des Arbeitermangels mehr Arbeiterinnen zur Arbeit über Lage und mehr jugendliche Arbeiter zur Arbeit auch unter Lage zuzulassen. Wenn das geschehen soll, müßte zunächst die Bezahlung eine bessere werden. Nach unserer Zusammenstellung in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ schwankte im 1. Viertel 1919 der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zwischen 8,15 und 7,50 Mt., der Durchschnitts-



lohn der jugendlichen Arbeiter zwischen 3,05 und 6,44 Mk. pro Schicht. Das ist viel zu wenig. Für solche Löhne werden sich Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nur im Notfall zur Bergarbeit hergeben. Die Arbeitslust und Arbeitsleistung werden sich nur durch eine entsprechende Entlohnung steigern lassen.

Wir halten aber auch die stärkere Heranziehung von Arbeiterinnen zur Bergarbeit für äußerst bedenklich. In der Vorkriegszeit war die Frauenarbeit hauptsächlich nur auf den oberflächlichen Gruben vertreten. Im Ruhrgebiet, im Saargebiet, im Raabener Revier, im niederrheinischen Steinkohlenbergbau, im linksrheinischen Braunkohlenbergbau und im Mansfelder Erzbergbau wurden überhaupt keine Arbeiterinnen beschäftigt. Nach und nach hat sich infolge des Krieges die Frauenarbeit überall eingebürgert. Es war sogar beabsichtigt, die Arbeiterinnen auch unterirdisch zu beschäftigen und nur infolge des entschiedenen Einspruchs der Bergarbeiterverbände ist es unterblieben. Diese haben immer gefordert, daß Arbeiterinnen zu der viel zu schweren und schmutzigen Arbeit auf den Gruben nicht verwendet werden sollen. Bis auf Oberschlesien war die Befreiung der Frauenarbeit auf den Gruben auch bald erreicht. Da kam der Kulturzerstörer Krieg und warf alles wieder über den Haufen.

Der Krieg liegt hinter uns und wir müssen daran gehen, seine Schäden zu heilen. Das können wir unmöglich durch noch stärkere Heranziehung von Arbeiterinnen zur Grubenarbeit. Wir müssen im Gegenteil auf einen Abbau der Frauenarbeit auf den Gruben hinarbeiten. Bei den Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit denen des Besenverbandes ist schon am 14. November 1918 zugestanden worden, daß die Frauenarbeit auf den Gruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund beseitigt werden soll, wenn Ersatzkräfte dafür zu haben sind. Es muß erwartet werden, daß die übrigen Bergreviere sobald als möglich diesem Beispiel folgen. Statt die Zahl der Arbeiterinnen zu erhöhen, müssen wir uns daher nach Ersatzkräften umsehen.

Wir dürfen auch nicht zugeben, daß die jugendlichen Arbeiter wieder in der Grube beschäftigt werden. Die diesbezüglichen Schutzbestimmungen sind nach Ausbruch der Revolution wieder in Kraft gesetzt worden und dabei muß es bleiben. Der Krieg hat soviel gesunde Volkskraft zerstört, daß wir uns den Luxus nicht mehr erlauben können, die Gesundheit der Frauen und Jugendlichen bei der viel zu schweren Grubenarbeit weiter zerstören zu lassen. Da können keine Ausnahmen mehr gemacht werden, zuviel Kraft und Gesundheit sind schon unnützlich verthan worden. Zudem würden die Frauen und Jugendlichen die drohende Kohlenkatastrophe nicht hindern können. Da müssen wir uns schon nach anderen Mitteln und Wegen umsehen.

Nun ist vielfach empfohlen worden, die Arbeitslosen in den Großstädten eventuell durch Zwang zur Grubenarbeit heranzuziehen. Diesen auf die solche Mittel empfehlen, bedenken nicht, daß es nicht allein auf die Zahl, sondern viel mehr auf den Geist ankommt. Man kann einen Ochsen zum Brunnen, aber nicht zum Saufen zwingen. So kann man auch die Arbeitslosen eventuell in die Gruben, aber nicht zum Arbeiten zwingen. Wir sind grundsätzlich gegen einen derartigen Zwang, lehnen ihn aber auch ab, weil er nicht zum Ziele führt. Das einzige Mittel, das Erfolg verspricht, ist die entsprechende bessere Bezahlung der Bergarbeiter. Dann werden sich schon genügend Ersatzkräfte finden. Aber nicht nur die Zahl der Arbeiter wird sich entsprechend vergrößern, sondern es wird auch nach und nach ein anderer Geist einziehen. Nur mit arbeitsfreudigen Menschen können wir alle Schwierigkeiten überwinden.

### Arbeiter- und Angestelltenverbände im Bergbau.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Wenn es im Bergbau gelingen soll, auf dem Wege zur Sozialisierung fortzuschreiten, ist eine Verständigung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten notwendig. Denn nur wenn eine Verständigung über die der Lösung varenden Aufgaben erfolgt und diese Lösung in gemeinsamer Arbeit geschieht, ist die Aussicht vorhanden, der unauflösbar vorhandenen großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Beide Teile der Arbeitnehmererschaft müssen dem gleichen Ziele zustreben. Dieses aber läßt sich nur erreichen, wenn die Generalsätze beider Armeen, und das sind die Gewerkschaftsverbände, sich vorher über die zukünftige Arbeit verständigen und nach einem einheitlichen Plane handeln. Getrennt marschieren, vereint schlagen, muß die Lösung sein.

Dieser Gedanke ist von den Gewerkschaftsführern der Arbeiter seit Jahren als richtig anerkannt worden, aber seine Uebertragung in die Wirklichkeit begegnete so großen Schwierigkeiten, daß bis zum Kriege und auch in den Kriegsjahren die Verwirklichung als ein schöner Traum erschien. Denn einmal war der Druck der Bergwerksbesitzer auf ihre Angestellten, diese von Organisationsbestrebungen fernzuhalten, sehr groß. Aber auch der Standeshütel der Angestellten sowie ihre Gleichgültigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Fragen war mindestens ein eben so großes Hindernis, eine Verständigung mit der Arbeitererschaft als erreichbar erscheinen zu lassen.

Durch die Revolution ist nun auch in dieser Hinsicht gar mancher Stein aus dem Wege geräumt worden und die Ausichten, ein Zusammenarbeiten von Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften zu erreichen, sind ganz erheblich gezeigert. So hat sich der Bund der technischen Angestellten und Beamten („Dutab“) vor einigen Wochen an die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterorganisationen gewandt, um eine Aussprache über die Möglichkeit einer Verständigung über gemeinsame Arbeit herbeizuführen. In dieser Aussprache ist denn auch grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden, daß sich die Organisationsleitungen über alle Fragen verständigen, die Arbeiter und Angestellte in gleicher Weise betreffen. In dieser Sitzung sind denn auch schon zwei Punkte berührt worden, bei denen sich eine Verständigung erreichen ließ. So wurde das Fahrsteiger- und Ansperrverfahren besprochen. Die Verhandlungen werden eine gleiche Stellung gegenüber der Mitgliedschaft zu der Frage einnehmen, wie eine Lösung erfolgen kann, wenn sich die Notwendigkeit heraus ergibt. In zweiter Reihe wurde über Maßregelungen und festgestellt: alle Verbände sind entschieden gegen jede Maßregelung, ganz gleich, ob sie von oben oder von unten ausgeht. Die Abwehr von Maßregelungen soll, soweit diese von unten ausgeht, durch Aufklärung und striktes Verbot von seiten der Organisationen erfolgen. Gegen Maßregelungen von seiten der Arbeitgeber Front zu machen, ist Sache des einzelnen Verbandes. Sollten Verhältnisse vorliegen, daß ein Verband allein nicht imstande ist, die Zurücknahme zu erreichen, so ist eine Verständigung mit der Arbeitererschaft nur durch die zuständigen Stellen der Gewerkschaftsleitungen anzustreben.

Nun hat der „Dutab“ ein eigenes Fachorgan unter dem Titel: „Der technische Grubenbeamte“ für die Bergwerksangestellten herausgegeben. An dem Leitartikel: „An unsere Leser“ wird zur gemeinsamen Arbeit mit den Arbeiterorganisationen Stellung genommen und heißt es u. a.:

„Gerade in den Fragen der Betriebsorganisation ist eine Verständigung von Arbeitern und Angestellten unbedingt erforderlich. Darum hat sich der Bund auf dem Standpunkt gestellt, mit den vier Bergarbeiterorganisationen, dem alten Verband, dem Christlichen Gewerkschaftsbund, dem Christ-Sozialen Gewerkschaftsbund und dem Politischen Gewerkschaftsbund, die Lösung zu suchen und sich mit diesen zu verständigen.“

In einer Besprechung haben sich die Bergarbeiterorganisationen und der Bund dahin geeinigt, daß über alle Fragen, die Angestellte und Arbeiter gemeinsam betreffen, eine Verständigung erzielt werden muß, wenn der Bergbau zur Ruhe kommen und ein geordnetes Arbeiten ermöglicht werden soll.

Wir sind der Meinung, daß eine Veränderung der bisherigen Betriebsverhältnisse erfolgen muß, wenn solche Zustände, wie sie früher herrschten, unter denen die Grubenbeamten jahrelang gestitten haben, nicht wiederkehren sollen. Aber nicht nur im persönlichen Interesse der Angestellten liegt eine Veränderung der Betriebsorganisation, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit. Denn auch diese leidet unter den Unruhen, die den Bergbau heimsuchen. Diese Unruhen aber zu vermeiden, ist allein möglich, wenn sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zusammenschließen und nach gemeinsamen Richtlinien die Betriebsorganisation verlangen.

Wie halten grundsätzlich die Betriebskräfte für einen Fortschritt, deren Ausbau wir fördern wollen. Und der Umfang der Arbeit, die den Betriebskräften obliegt, ist sehr groß. Es wird deshalb in unseren Orts- und Fachgruppen vieles beraten werden müssen, um Klarheit zu schaffen. Und wenn diese Einsprüche in die Praxis umgesetzt werden sollen, so ist es notwendig, daß auch die Arbeitererschaft sich diese Gedanken zu eigen macht. Hierzu soll das neue Blatt „Der technische Grubenbeamte“ ebenfalls dienen.

Auch in den Fragen der Anknappschaffsangelegenheiten müssen Arbeiter und Angestellte gemeinsam handeln. Hier sind zwar die zu erstrebenden Ziele in ihrer materiellen Höhe verschieden, aber bei dem gesamten Ausbau des Anknappschaffswesens sind wir auf die Unterstützung der Bergarbeiter angewiesen; daher verspricht eine Verständigung die besten Erfolge. Günstig kommt in absehbarer Zeit ein Reichsanknappschaffsgesetz, bei dessen Ausarbeitung die Angestellten mitarbeiten müssen, wobei das neue Blatt gute Dienste leisten kann.

Ein weiteres wichtiges Kapitel ist die Frage des Sicherheitswesens im Bergbau. Hier wird die Stärkung gegen die Gefahren, die dem Bergmann durch die elementaren Gewalten drohen, durch die Förderung bedürfen, sondern auch jene Gefahren, die man als Berufsanfälligkeiten bezeichnet und die im Bergmannsberuf eine große Rolle spielen, sind zu besprechen. Auch hier ist ein Handinhandarbeiten mit den Arbeitern notwendig, und die Aussprache in unserem neuen Blatt soll dieser Verständigung dienen.“

Mit den vorstehenden Ausführungen hat sich der Bund entschieden auf den Boden der Verständigung zwischen Arbeiter- und Angestelltenorganisation gestellt und ist damit im Gegensatz zu den übrigen Angestelltenverbänden getreten. Dieser Gegensatz ist jedoch im Interesse der Klärung zu begründen, denn die sich hieran anschließenden grundsätzlichen Auseinandersetzungen werden die gesamten Angestellten zur baldigen Stellungnahme veranlassen.

Der „Dutab“ ist schon heute die weitaus stärkste Organisation der Angestellten im Bergbau. Bei den Wahlen zur Arbeitskammer im Ruhrrevier hatten zehn Angestelltenverbände Zuzug aufgestellt; zwölf Vertreter waren zu wählen; davon hat der „Dutab“ mit 7400 Stimmen allein sieben erhalten. Der Bergarbeiterverband und der Fördermaschinenverband, die beide gemeinsam mit dem „Dutab“ der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angehören, haben je einen Sitz erhalten. Diese beiden Organisationen werden sich wahrscheinlich ebenfalls an der Gemeindefacharbeit beteiligen, denn die Zeit verlangt die Stellungnahme. Zwei Vertreter hat der Verband der kaufmännischen Angestellten erhalten und ein Vertreter ist dem Verband der oberen Besenbeamten zugefallen. Eine ähnliche Wahl hat im Niederlohnrevier Braunkohlenrevier stattgefunden. Hier wurden fünf technische Angestellte zum Sachverständigenrat gewählt; davon erhielt der „Dutab“ drei, der Werkmeisterverband einen und der Gruben- und Fabrikbeamtenverband einen Sitz.

Aus diesen Wahlen geht hervor, daß der „Dutab“ schon heute die ausschlaggebende Organisation im Bergbau ist. Er selbst gibt die Zahl seiner Mitglieder im Bergbau auf rund 20 000 an, eine Ziffer, die eine Macht wird, wenn die gewerkschaftliche Schöpfung sich durchsetzen kann.

Von den anderen Organisationen wird die Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen abgelehnt. Für die technischen Angestellten kommt der Gruben- und Fabrikbeamtenverband, der Reichsverband der Bergwerksangestellten, die mitteldeutsche Vereinigung der Bergwerksangestellten und eine Reihe kleinerer Vereinigungen in Svidan, Nieder- und Oberschlesien in Frage. Auch der Verband der oberen Besenbeamten ist hierher zu rechnen. Alles dies sind, mit Ausnahme des Gruben- und Fabrikbeamtenverbandes, der eine Unterabteilungsbewegung war, Revolutionärsgründungen, die von Leuten ins Leben gerufen worden sind, die sich bisher niemals um Gewerkschaftsarbeit gekümmert haben und die als Hauptpunkt in ihrem Programm haben, die Angestellten seien Angestellte, und eine Verständigung mit der Arbeitererschaft sei abzulehnen.

Während die Zersplitterung unter den technischen Angestellten verhältnismäßig gering ist, d. h. 60 Prozent sind im „Dutab“ und weitere 10 Prozent sind im Bergmeister- und Fördermaschinenverband, während sich die Minderheit von 30 Prozent auf Unorganisierte und eine Anzahl kleinerer Verbände verteilt, ist bei den kaufmännischen Angestellten von einer Klärung noch nichts zu merken. Circa 20 Organisationen werden unter den kaufmännischen Angestellten und keine einzige besitzt eine größere Zahl Mitglieder oder ist von ausschlaggebender Bedeutung. Von den kaufmännischen Angestellten wird auch der Gedanke der Zusammenarbeit mit den Arbeitern bis jetzt allgemein abgelehnt und eine Veränderung ist erst zu erwarten, wenn die neue Einheitsorganisation, die durch die Verbindung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Bureauangestellten entsteht, die Werbung und Aufklärung planmäßig in die Wege leitet.

Im Vorstehenden sind die Anfänge einer Neuorientierung im Bergbau geschildert, einer Entwicklung, die in der Richtung liegt, wie sie seit Jahren von den Arbeitergewerkschaften für notwendig gehalten wurde. Günstig gelingt es, diese Zusammenarbeit so auszubauen, daß der gesamte Bergbau den Nutzen hat. Die Arbeiter können hierzu viel beitragen, wenn sie das, was die Organisationen tun, auch auf den Betrieb selbst übertragen und versuchen, vor allem mit den gewerkschaftlich organisierten Angestellten in Frieden auszukommen.

Die Geschäftsstelle des „Dutab“ befindet sich in Berlin NW. 52, Werkstraße 7. Angestellte, die sich dieser Organisation anschließen wollen, sind auf diese Adresse hinzuweisen.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Interessenten an der sofortigen Einführung des freien Handels.

Als in Deutschland die Erkenntnis ausdämmerte, daß der Krieg länger dauern würde, wie ursprünglich angenommen, und als sich der Ring der Feinde immer fester um uns schloß, wurde man sich klar, daß das Reich mehr und mehr auf sich allein angewiesen war, und daß die in den Reichsgrenzen vorhandenen Vorräte an Lebensmittelinhaltsstoffen, wenn nicht der Starke alles an sich rafften durfte, während der wirtschaftlich Schwache darbt, nach einem strengen Rationierungssystem bewirtschaftet werden mußte. Es war das Fundament aller Staatswesens, die Gerechtigkeit, die zu dieser rationierten Wirtschaft führte. Rationierung bedeutet Zwang: für den Produzenten, der seine Produkte zu einem aus der Soziallage gerechtfertigten niedrigen Preise hergeben muß, und für den Konsumenten, der sich nicht weigern darf, als ihm nach dem Verteilungsprinzip zusteht. So wiederholte sich das theoretische Prinzip der Gerechtigkeit hinnehmen mußte, so bräudelt wurde der Zwang in der Praxis empfunden, um so mehr, als sich erst Einzelne, dann weitere Kreise skrupellos darüber hinwegsetzten. Die Produzenten lieierten nicht alles ab und machten das Zurückhalten gegen hohe Preise zu Geld, und die wohlhabenden Konsumenten suchten hinterher zu bekommen, was nur erreichbar war. So entzündete sich ein ebenso blühender, wie zerstörerischer Schleichhandel, dessen Verbindungen sowohl bei Produzenten als Konsumenten,

als auch im Handel selbst solche Charaktere erlagen, denen man es in Friedenszeiten niemals zugehört haben würde.

In weiten Kreisen empfand man mit immer stärkerem Widerwillen die Rationierung als einen überaus lästigen Zwang, und allmählich gedieh nach einem zielbewußten Plan, den insbesondere die skrupellose Agrarierpresse verfolgte, endlich die Parole: Jeder mit der Zwangswirtschaft! Die Idee der „gerechten Rationierung“ ging dem Bewußtsein verloren, und allein das Zwangsmaßige wurde betont. Die verantwortlichen Reichsstellen mußten angefaßt von unerfährteren Ratschlägen, daß nicht genug Waren vorhanden, daß allein die Waren in der Welt der entsetzende Kern des Problems war, das höchste Maß von Freiheit aufzubringen, um dem planmäßigen Ansturm der sogenannten Freunde des freien Handels abzuwehren. Bei diesem Kampfe hatten sie leider auch einen Teil der sogenannten „ehrlichen Kaufmännerschaft“ gegen sich, die der Ansicht war, daß sie leichter und billiger Waren vom Ausland herinbekommen könne, als die beherrschenden Einfuhrzentralen, und dabei bereit, daß einmal streng unterschieden werden mußte zwischen Lebensnotwendigen Waren und weniger wesentlichen Artikeln, und daß zweitens die Bezahlungstrage von der Reichsfinanzwirtschaft (Walu) nicht zu trennen war. Die offiziellen Klärungsversuche waren vielfach in den Wind gegangen, und wenn man heute genau zusieht, sind es ganz bestimmte Kategorien, die ein Interesse an dem Sturz der zentralistischen Wirtschaft und an der sofortigen Einführung des freien Handels haben, obwohl auch sie ausnahmslos zugeben müssen, daß „allerdings“ für Brot, Fleisch und Fett die Rationierung beibehalten werden müsse.

Am sofortigen freien Handel haben ein ganz bestimmtes, und zwar kein ideales Interesse: 1. alle Handelspersonen, die genau wissen, daß bis auf weiteres bei geschädigter Disposition und rücksichtslosom Zuständen Wollungenbewinne gemacht werden können; 2. alle Warenbesitzer, die hoffen, daß sich der bestehende Warenmangel nicht im Sandumdröhnen beseitigen läßt, weil Mangel an Schiffstamm und Bahnransportmittel, Mangel an vollwertigen Zahlungsmitteln und die Entwertung des Reichens Geldes nur langsam einen flotten Warenverkehr erlauben lassen; 3. alle Schlichter, die überzeugt sind, daß ihre unter den Zwangsverhältnissen planmäßig angebaute Schieberei nicht zu neuen Triumpfen führen wird; 4. alle ausländischen Warenagenten in der Gewissheit, daß sie ihre verlegenen Lebenshüter nirgends vorteilhafter unterbringen können, als in dem so ganz anspruchslos gewordenen deutschen Vaterland; 5. alle bisherigen Verbraucher, die sich nicht scheuen, deutsches Geld selbst für entbehrliche Luxuswaren nach dem Ausland gehen zu lassen, dort unsere Mark noch mehr entwertend und die Wertaberminderungen der deutschen Finanzpolitik durchzuführen. Alles in allem kann man nicht gerade sagen, daß es die ebenen Teile des deutschen Volkes sind, welche ohne Unterlaß nach der Einführung des „freien Handels“ rufen. Die besonnenen und geistesfähigen Kenner der handelspolitischen Lage wissen nur zu genau, daß, so selbstverständlich wir uns alle in dem Wunsch nach Abbau der Zwangsverhältnisse einig sind, dies nur gelingen kann unter gewissenhafter Verantwortlichkeit der Verantwortlichen. Die sofortige Freistellung des freien Handels würde das Deutsche Reich mit einem Schlag in einen inneren Wirtschaftskrieg stürzen, von dem sich jeder ein ungefähres Bild machen kann, wenn er zum Beispiel die bedeutenden Vorgänge auf dem Markt, Aktien- und Fruchtmittelmarkt heranzieht. Das „freie Schied der Rente“ würde sich nur in einem wahren Krieg aller gegen alle äußern.

### Maßnahmen aus der Montanindustrie.

#### Eine fürchtbare Kohlennot

Droht der Welt, wenn es nicht gelingt, die Förderung bedeutend zu erhöhen. In Oberschlesien betrug im 1. Halbjahr 1918 der Kohlenverbrauch 1 594 436 Eisenbahnwagen, im 1. Halbjahr 1919 aber nur 722 362. Zu Anfang März hat die Kohlenförderung betragen (ohne Kleinrevieren) im Mai 1918: 8,22, im Mai 1919: 5,81 Millionen To. Die Förderung pro Kopf der Gesamtbevölkerung ist auf 0,56 To. pro Saison gesunken, während vor dem Kriege der Effekt 0,80-0,90 war! Diese Kohle ist das Wirtschaftslieben nicht aufrechtzuerhalten, da mühen wir uns in einer Monarchie, in einer demokratischen oder in einer Räte-Republik leben. Wir können wir nicht genügend Kohlen, denn es gerade so, als ob wir nicht genug Brot haben. Das muß den Leuten energisch gesagt werden, die bei jeder Gelegenheit vom „Generalstreik“ reden, ohne sich an die Vereinbarungen der Organisationen zu halten und hinterher nach „mehr und billigeren Lebensmitteln“ schreien, nachdem sie selbst durch den Streikwahnsinn bereits gesorgt haben, daß die Lebensmittel teuer und geringer werden. Ganz Europa steht vor einem fürchterlichen Zusammenbruch, wenn es nicht gelingt, vor dem herannahenden Winter den nötigen Kohlenbedarf zu schaffen. Auch in England geht die Kohlenförderung rapide zurück. 1913 wurden dort 232 Millionen Tonnen gefördert, oder 259 To. pro Mann der Belegschaft, 1918 waren es nur noch 231 Mill. To. oder 229 To. pro Mann. Für 1919 rechnet man nach dem bisherigen Förderergebnis nur auf 217 Mill. To. England kann die starke Kohlennachfrage also auch nicht befriedigen, auch Amerika ist in Schwierigkeiten geraten. Was kann mit Aussicht auf Erfolg geschehen, um unsere Kohlenförderung bedeutend zu heben?

#### Kohlenförderung und Weltfrieden.

Durch die Versailles „Friedensbedingungen“ ist Deutschland gezwungen, zunächst in den ersten fünf Jahren an Frankreich jährlich bis 27, an Belgien 8, an Italien 4 1/2-8 1/2, an Dänemark 3,84 Millionen Tonnen, zusammen 42-43 Mill. To. Steinkohle zu liefern. Seit 1. Juli To. Kohlen kann auch ein entsprechendes Quantum (2 Mill. Tonnen) Stoffs verlangt werden. Bei dem jetzigen Stand unserer Kohlenförderung können wir das unmöglich! Deutschland hatte 1913 eine Gesamtförderung von rund 190 Mill. Tonnen Steinkohle, wovon 17 auf das nun abzutretende Saar-Pfalz-Kohlengrubengebiet und 43,43 auf Oberschlesien entfielen, das wir uns unter dem Druck der Fremdbücker auch nicht sichern werden. Selbst wenn die Förderung wie 1913 erzielte, so würden wir in dem stark reduzierten Deutschland doch nur über rund 130 Mill. To. Steinkohlenförderung verfügen. Tatsächlich ist aber unsere Förderung zurzeit allgemein auf etwa 60 Prozent der letzten Friedensjahresmenge gesunken! Im Oberbergamtsbezirk Dortmund (einschließlich der Unerschlossenen Zechen) beträgt die Tagesförderung nicht einmal regelmäßig 240 000 To., was pro Jahr (300 Arbeitstage) rund 72 Mill. To. ergibt, gegen 110 im Jahre 1913. Der bergbauliche Statistiker Dr. Jungblut jagt die Steinkohlenförderung in dem Rumpfdeutschland nach dem Ergebnis der Streikzeiten ersten vier Monate 1919 auf 72 Mill. To. jährlich und auf etwa 95 Mill. To., wenn wir nun von größerem Streiks verschont bleiben. Wenn wir von dieser (statistischen) Menge auch nur 40 Mill. To. an Frankreich, Belgien, Italien und Dänemark liefern, dann bleiben uns für den Eigenbedarf nur 55 Mill. To. übrig, wovon aber auch noch die Ausfuhr nach Estland, Finnland, Schweden und der Schweiz (1913 zusammen etwa 8,8 Mill. To.), die wir nötig haben für den Austauschhandel, abzurechnen müßte! Österreich-Ungarn dürfte recht dürftig von Polen-Oberschlesien beliefert werden. Für das Rumpfdeutschland ist aber, nach dem Ergebnis von 1913, noch mit einem Eigenkohlenverbrauch von 119,4 Mill. To. (Jungblut), davon 17. Mill. Tonnen für die Befestigung Belgiens, zu rechnen. Wenn wir die gesamten Versailles Bedingungen erfüllen sollen, so müssen wir schon deshalb eine außerordentlich gesteigerte wirtschaftliche Tätigkeit entwickeln. Dazu gebrauchen wir in erster Linie Kohlen und zwar wenigstens in dem Maße wie 1913. Das ist uns unmöglich, wenn wir von (zusätzlich) bestenfalls 95 Mill. To. Jahresförderung mindestens 40 Mill. To. nach den Versailles Bedingungen abgeben müssen! Jungblut berechnete allein den Jahresbedarf aller Industrien in dem verkleinerten Deutschland auf 65 Mill. To., während wir, wie gesagt, nach Eingabe der Zwangsablieferungen überhaupt nur noch 55 Mill. To. zur Verfügung haben. Davon müssen dann Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Landwirtschaft und die andere Nahrungsmittelherstellung, Rangierwerke und außerdem die großen Industrien und der Hausbrand versorgt werden. Das ist eine glatte Unmöglichkeit!

Entweder wir erfüllen die Versailles Zwangsverpflichtungen, dann müssen wir noch sehr viel mehr Industrien als jetzt schon fast brachliegen ganz abtuen; oder wir verstoßen unsere Industrie mit Kohlen, damit das gewaltige Heer von Arbeitslosen (wazu noch Hunderttausende heimkehrender Kriegesgefangene kommen!) erheblich reduziert wird, dann können wir die Versailles Bedingungen nicht erfüllen und müssen die schmerzlichen Repressalien (Besatzung, Requisitionen, Handelsperre usw.) erwarten!

Unsere Kohlennot ist bereits fürchtbar geworden! Die amtlichen und nichtamtlichen Verteilungsstellen werden förmlich bestimmt von schwermütigen Kohlenverwaltungen und können ihren trüben Nachbarn eröffnen. Unsere Hauswirtschaft, das Bau- und Gewerbe liegt wegen Kohlenmangel zum teilweis größten Teil still. Wir können deshalb die große Wohnungsnot nicht ändern. Unzählige Industrieanlagen, selbst in nächster Nähe der Kohlengebiete,



Können schon jetzt nur sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeiten lassen. Die Getreideernte liegt bevor, es fehlt an Kohlen, um den bringenden nötigen Verbrauch zu bewerkstelligen.

germangel auch in der Grube eine große Rolle. J. B. am Schacht stehen nicht genügend Beschäftigten. Wenn die Maschinen aus dem Bau kommen, müssen sie so lange am Schacht warten, bis die Kohlen, die sie gebracht haben, zutage gefördert sind, ehe sie wieder abfahren können.

Erklärung. Von einem Teil der Arbeiter bin ich als Streikbrecher, Lump usw. bezeichnet worden. Zudem wurden mir drei Bestrafungen durch den Betriebsassistenten Kumpff zur Last gelegt, die gegen Arbeiter verhängt worden waren.

Knappschafliches.

Knappschafliche Vorstandsaktion in Bochum vom 10. Juli 1919.

Zunächst wird mitgeteilt, daß sich in Berginghausen ein Pfingstauschuß gebildet habe. Derselbe soll die Verpflegung usw. überwachen, vor allen Dingen soll das Essen kontrolliert werden.

Von der Verwaltung wurde verlangt, daß in den Bezirken Castrop, Reddinghausen und Hamborn mehrere neue Zahlbezirksbüros gebildet würden. Zur Entlastung des Zahlbezirksbüros Gerne sowie des Zahlbezirksbüros Reddinghausen sollten in Datteln, Herten und Reddinghausen Zahlbezirksbüros errichtet werden.

Der Antrag der Betriebsräte auf Erhöhung der Vergütung wird abgelehnt. Auch die Forderung der Besondere Honorierung sowie ein Anrecht auf Pension. Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Der Antrag des Angestelltenausschusses auf Erhöhung des Gehalts für Gehilfen auf 1800 M., steigend jährlich um 100 M., bis 3200 M. wird abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, das Anfangsgehalt der Gehilfen von 1200 M. zu erhöhen, steigend jährlich um 100 M.

Dann wurde noch als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsausschuß der Werke Krömer-Günzger gewählt. Als Ersatzmann für die ausgeschiedenen Mitglieder Fischer und Benz wurden für den knapptschaflichen Krankenversicherungsausschuß die Kollegen Grünwald und Metzke in Vorschlag gebracht.

Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute in Gladbeck.

Am 20. Juli fand für den Bezirk Gladbeck eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute statt. Abgemacht wurde die Ansicht, daß eine erprobliche Tätigkeit der Betriebsräte nur unter enger Anlehnung an die Organisation zu erreichen sei, als richtig anerkannt.

Wenn die Betriebsräte hinterher sind und alles beiseite lassen, so werden sie sich sehr gut bezahlt machen. Mithin Kaufmann können durch die Tätigkeit der Betriebsräte mehr gefördert werden? Da stimmt die Rechnung des Herrn Betriebsführers von Graf Wisnarek nicht. Er sagt, der Betriebsrat kostet 11760 M. Nein, im Gegenteil, er kann viel mehr retten.

Betriebsräte und Jugendklub.

Berichtigung der Notiz in Nr. 23 vom 12. Juli. Es ist nicht richtig, daß auf Zeche Auguste Victoria bei der Unfalluntersuchung durch die Bergbehörde grobe Fahrlässigkeit des verantwortlichen Bezirksleiters festgestellt wurde.

Wann man mit der Verbandszeitung von Haus zu Haus geht, dann kann man in dieser Beziehung allerdings Beobachtungen machen. Die alten, geschulten Verbandskameraden halten zu ihrer Sache, weil sie die Dinge sehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sich in der Phantasie hylärischer Geschwätzstomatiker ausmalen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kraygladen und Nachfüllen.

Von einem Ueberzügler wird uns geschrieben: In Nr. 23 der Bergarb.-Ztg. las ich den Artikel über Gefahrsicherung und Gefahrschutz der Zeche Guald III/IV in Herten. Nicht weniger als 731 Prozent mehr Aufwand als Förderung erzielt in der Zusammenfassung.

Wie steht es nun auf anderen Schachtanlagen? Und wie verhält sich der Betriebsrat auf denselben? Ich möchte nur mal den Betriebsrat der Zeche General Blumenthal III/IV in Reddinghausen auf denselben bitten, Förderung, Absatz und Straffaffen für schlecht beladene Wagen zu revidieren.

Beiträge und Zigarettenkapital.

Von einem Betriebsratsmitglied aus dem Dümmer Bezirk wird uns geschrieben: Daß dem Zigarettenkapital die Betriebsräte im Wagen liegen, beweisen die Ausführungen des Betriebsführers der Zeche Graf Wisnarek III/IV über die Untofen der dortigen Betriebsräte im Mai 1919.

Deutschlands schlechte Wirtschaftslage und ihre Hebung.

Jeder ehrlich Denkende muß zugeben, daß wir uns in einer wirtschaftlich recht traurigen und bedrückenden Lage befinden; es ist zu verwundern, daß von der Regierung nicht mehr in dieser Sache unternommen ist.

Über auch die leitenden Männer der Industrie, welche in der langen Kriegszeit sicher übergenug Gewinne gemacht haben, trifft hier großes Verschulden. Oder sollten alle diese Leute, welche während des Krieges nicht genug zu loben wußten, die Tüchtigkeit und den Fleiß des deutschen Volkes, jetzt alles Interzesse verloren haben an der Wiederbeschaffung Deutschlands, in der Ansicht, daß der bevorstehenden allgemeinen Sozialisierung könne für sie nicht mehr genögnd heraus? Unfinn, dieser Gedanke, und wäre es sehr zu wünschen, daß alle Argumente, welcher Art sie nun auch seien, endgültig zur Seite gestellt würden; alle Tüchtigen müssen der Regierung beistehend sein bei der Neuordnung und Wiederbelebung unserer Wirtschaftslage, um endlich ernstlich dem halb irren Wolke Zalen zu zeigen — und zu beweisen.

Das Interesse des Einzelnen am Ganzen kann doch nur dadurch gefördert werden, daß man dem Einzelnen gute und vernünftige Lebensbedingungen schafft und ihm hiermit einen gewissen Anreiz zur Tätigkeit gibt. Trübt man hierfür Sorge — wodurch gleichzeitig das Ansehen der Bergarbeiter wächst — und entläßt die Bergarbeiter, welche in den Freiwilligentrupps Unterschlupf gefunden haben, zur Arbeit, womit die Zahl der wirklichen Perspektiven um ein ganz Bedeutendes vermehrt würde, dann ist gewiß, die Bergarbeiter sind die letzten, welche sich weigern, zum Wohle des Ganzen mitzuwirken.

Aus jedem, auch dem kleinsten Streik im Ausland, machen die sogenannten „Wetterleuchten der Weltrevolution“. Dabei lassen sie es aber völlig außer Acht, daß die Arbeiter in den verschiedenen Ländern nicht den selbigen Interessen folgen, wie die Arbeiter in der Heimat.

Wetterleuchten der Weltrevolution.

Die früher teilweise gelben, jetzt kommunistischen Quereier, arbeiten heute ebenso konsequent für das Kapital, wie sie es früher getan haben. Früher fürchteten sie sich meist vor ihrem eigenen Schatten, waren gegenüber den Beamten demütig wie die Hunde, heute mühen sie sich eine Freiheit, für deren Erlämpfung sie nie einen Finger krümmen gemacht haben.

Wenn man mit der Verbandszeitung von Haus zu Haus geht, dann kann man in dieser Beziehung allerdings Beobachtungen machen. Die alten, geschulten Verbandskameraden halten zu ihrer Sache, weil sie die Dinge sehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sich in der Phantasie hylärischer Geschwätzstomatiker ausmalen.

Worte und Taten kommunistischer Führer.

Von einem Rabboder Kameraden wird uns geschrieben: Worte und Taten der kommunistischen Führer kann man auch auf Rabbod beobachten, wenn man die Weber und Fräulein ins Auge faßt. Während des Streiks im Februar sowohl wie im April d. J. wußten diese ihre Kameraden in Versammlungen nicht genug auf das Solidaritätsgefühl behaglich Ausschüßens im Kampfe hinzuwirken, im April hatten Managen im Arbeiterrat kein Einkommen.



